

L a t e i n a m e r i k a  
\*\*\*\*\*

I. Sozialnationalismus, Kommunismus, Antiamerikanismus  
und Militärregierungen

---

Lateinamerika ist das am meisten sich mit Europa verbunden fühlende Gebiet aller Entwicklungsregionen. Gleichzeitig hängt es aber wirtschaftlich und in bezug auf die Entwicklungsförderung in erster Linie von den Vereinigten Staaten ab. Diese zwei Grundtatsachen gelten für alle Länder Lateinamerikas; im übrigen muss man sich jedoch hüten, Schlüsse von einem Staat auf den anderen zu ziehen, denn jeder ist eigene Wege gegangen, ganz abgesehen von den grossen Unterschieden der Rasse, des Klimas, des Bodens und des Entwicklungsgrades. Die Allianz für den Fortschritt, der gemeinsame Entwicklungsplan des Kontinents mit nordamerikanischem Geld, hat sich allzu weittragende Ziele gesetzt. Das Hineinregieren des Geldgebers in die interne Politik, ja in den internen Staatsaufbau überhaupt, wird als Kolonialismus abgelehnt und es entstehen daraus immer wieder Missverständnisse und Misserfolge. Die häufigen Staatsstreiche setzen die Vereinigten Staaten immer wieder vor das Dilemma, entweder vom demokratischen und Rechtsstandpunkt abzuweichen und einen Neuversuch der Beziehungen und Hilfe anzustellen oder das betreffende Volk fallen zu lassen und es damit den Linksextremisten in die Arme zu treiben. Es ist eine Tatsache, dass die Vereinigten Staaten alles daran setzen, um Lateinamerika vom Kommunismus zu bewahren. Die lateinamerikanischen Regierungen kennen diese Furcht ihres grossen Bruders nur zu gut und wissen sie auch bis zur finanziellen Erpressung auszunützen.

Aber nicht nur der Kommunismus - von dem anschliessend die Rede ist - bedeutet heute die grosse Gefahr für die Vereinigten Staaten in Lateinamerika, sondern der Sozialnationalismus

"nasseristischer" Prägung. Die peruanische Regierung hat es vorexerziert und deshalb musste Washington schleunigst zurückkrebsen. Alle Repressalien, die von den Vereinigten Staaten in den vergangenen Monaten gegen die Andenrepublik verhängt worden waren, wurden aufgehoben. Diese radikale Kursänderung wird als Signal für den ganzen Subkontinent betrachtet. Zumindest die fünf Grossen Lateinamerikas - Brasilien, Argentinien, Peru, Chile und Mexiko sind heute stark genug, einem beträchtlichen Druck von aussen zu widerstehen.

Was nun die Kommunisten anbetrifft, so ist man sich einig, dass sie nicht zahlreich, aber dafür sehr aktiv sind. Sie verstehen sich in den Gewerkschaften und Universitäten einzunisten und die Massen zu jedem Streik und zu jeder Protestversammlung anzuführen. Eine Machtergreifung auf legale Art ist jedoch undenkbar. Die grosse Masse, trotzdem sie in armen und ärmsten Verhältnissen lebt, kann sich für den Kommunismus nicht begeistern. Ausserdem sind die Kommunisten unter sich gespalten. Wenn sie auch überzeugt sind, dass die Revolution in Lateinamerika notwendig ist, d.h., dass ein "Fortschritt" nicht durch irgendwelche Reformen der bestehenden Ordnung erreicht werden kann, so besteht jedoch keine Einmütigkeit darüber, ob die Revolution in Lateinamerika unmittelbar auf der Tagesordnung steht, welchen Charakter sie haben muss und welche Kampfmethoden angewandt werden müssen. Die auf Moskau ausgerichteten Kommunisten bestreiten, dass die Situation in den meisten Ländern des Kontinents bereits "revolutionär" sei, betonen, dass - zumindest in einigen dieser Länder - der "friedliche Weg" zum Ziele führen kann, fassen die kommende Revolution nicht als sozialistische, sondern als "demokratisch-nationalistisch-antiimperialistisch-antifeudale" Revolution auf und heben die entscheidende Bedeutung des städtischen (und ländlichen) Massenkampfes um Tagesforderungen hervor.

Die "Maoisten" - in Lateinamerika eine kleine Minderheit - betonen die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt, aber auch die vorrangige Bedeutung der Massenkämpfe.

Die Trotzlisten setzen sich ebenfalls für den gewaltsamen Weg ein, warnen aber auch vor "putschistischen Auffassungen" und betrachten die kommende Revolution als "sozialistisch". Ueber diesen Charakter besteht in den Reihen der Castristen keine Klarheit. Sie tendieren dazu, die Revolution als demokratisch-antiimperialistisch zu betrachten, die dann sozialistischen Charakter annehmen wird, aber auch dazu, solche Debatten als scholastische Haarspaltereien abzutun.

Die Studentenunruhen, die letztes Jahr fast überall in Lateinamerika ausbrachen, sind, wenn auch von linksextremistischen Führern angezettelt, eine Auflehnung gegen die sozialen Verhältnisse in Ländern, wo neben einem grellen Reichtum einer kleinen Schicht, die grosse Armut der Masse herrscht. Dass bei solchen Unruhen nicht nur gegen die eigenen Regierungen, sondern gleichzeitig auch gegen die Vereinigten Staaten protestiert wird und gegen nordamerikanische Unternehmen tätlich vorgegangen wird, zeigt wie der grosse Geldgeber hauptsächlich bei der Jugend verhasst ist. Dieser Hass hat seinen Ursprung in der Verschiedenheit der Lebensauffassungen, die hier aufeinanderprallen. Der Lateinamerikaner ist traditionsbewusst und stolz auf die Geschichte seines Landes. Der Nordamerikaner zieht die moderne Technik dem Kultus der Vergangenheit vor. Der Lateinamerikaner ist vor allem in bezug auf Ehrgefühl sehr empfindlich. Der Nordamerikaner sucht vor allem die Wirksamkeit, das fühlbare Resultat. Zu diesen philosophischen und moralischen Unterschieden kommen noch die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegensätze. Der Lateinamerikaner sieht den grossen Nachbarn nicht als Geldgeber und Freund, sondern als Ausbeuter, der die ganze Schuld an den wirtschaftlichen und sozialen Missständen trägt. Ausserdem leidet er innerlich gegenüber dem Nordamerikaner an einem Minderwertigkeitskomplex, den er jedoch durch ein vorgetäushtes Selbstbewusstsein wettzumachen versucht. Wie steht es jedoch in Wirklichkeit? Wenn auch die nordamerikanischen Geldzuwendungen nicht immer ganz aus

Altruismus erfolgen, muss doch gesagt werden, dass nicht die behauptete Ausbeutung, sondern vielmehr die grosse Korruption und Unfähigkeit das Grundübel der meisten lateinamerikanischen Regierungen sind.

Wenn auch die meisten Staatschefs - natürlich mit Ausnahme derjenigen, die in Mittelamerika ein Familienregime führen - patriotische Ziele verfolgen, so arbeiten hingegen die sie umgebenden Politiker gewöhnlich nicht für ihr Land, sondern für ihre persönlichen Interessen. Diese Politiker sind es auch, die am lautesten für Demokratie schreien, denn eine Militärdiktatur würde ihren parlamentarischen Prärogativen ein Ende setzen. Die Militärs spielen in Lateinamerika seit jeher eine grosse Rolle und greifen dort ein, wo sich eine Regierung entweder zu weit dem Kommunismus nähert, oder die Korruption zu grosse Formen annimmt. Die Militärdiktaturen haben, mit einigen Ausnahmen, nicht immer ein langes Leben und werden öfters von einer rivalisierenden Offiziersgruppe beseitigt oder enden selbst in den Fangarmen der Korruption. Neben der besagten Korruption und Regierungsunfähigkeit leiden fast alle Länder an einer einseitig auf wenige Produkte ausgerichtete Wirtschaft, wo eine einzige Missernte oder ein Rückgang eines Rohstoffpreises auf dem Weltmarkt eine nationale Katastrophe bedeuten kann.

## II. Die Regierungen

Seit langer Zeit folgten die Revolutionen in Lateinamerika einem gleichen Schema: Interessengruppen suchten die Unterstützung eines hohen Offiziers, der für ihre Rechnung die Regierung stürzte. Jetzt scheint sich die Sache insofern zu ändern, als die jungen Offiziere meist in sehr guten Schulen ausgebildet werden, sich den nationalen Problemen widmen und ohne Einfluss von Interessengruppen die Geschicke des Landes selbst in die Hand nehmen. Bei den meisten zivilen Regierungen befassen sich leider die Politiker - ob sie an der Macht oder

in der Opposition sind - zuerst mit ihren persönlichen Interessen, dann mit den Parteiinteressen und zuletzt, wenn ihnen Zeit übrig bleibt, mit den Landesinteressen. Die "Caudillos", die in früheren Jahrzehnten vielerorts in Lateinamerika entweder als echte Patrioten oder aber als Demagogen und manchmal sogar aus Eigennützigkeit die Macht ausübten, sind nicht mehr häufig anzutreffen.

In der Folge soll versucht werden, die verschiedenen Staaten Lateinamerikas nach ihren gegenwärtigen Regierungsformen zu gruppieren.

Argentinien, Brasilien, Peru, Paraguay und Panama, die zusammen in bezug auf Bevölkerungszahl und Ausdehnung die weitest- aus grösste Gruppe darstellen, haben Militärregierungen. Alle kamen durch Staatsstriche an die Macht, einige von ihnen wurden jedoch nachträglich durch mehr oder weniger freie Wahlen bestätigt. Eine zweite Gruppe, die konstitutionellen Regierungen mit militärischer Ueberwachung, umfasst Bolivien und Ecuador. Die sogenannten Familienregierungen bilden eine dritte, jedoch unbedeutende Gruppe. Ihr gehören El Salvador, Nicaragua und Haiti an. Die vierte Gruppe setzt sich aus Staaten zusammen, die normale konstitutionelle Regierungen haben, nämlich Chile, Uruguay, Kolumbien, Venezuela, Guatemala, Costa Rica, Honduras, Mexiko und Dominikanische Republik. Als Spezialfall muss Kuba angesehen werden, das in keine der vorgenannten vier Gruppen eingeteilt werden kann.

Diese Aufstellung soll aber nicht besagen, dass innerhalb dieser Gruppen die gleichen Tendenzen verfolgt werden. Um vorerst die Militärregierungen zu nennen, muss festgehalten werden, dass Argentinien und Brasilien eine eher konservative Politik verfolgen und den Feudalismus nur zögernd bekämpfen, während Peru eine absolut nationalistische Richtung einschlägt, die eine radikale Agrarreform und weitgehende Nationalisierungen zum Ziele hat. Auch Paraguay geht mit seinem typischen paternalistischen

Regime seine eigenen Wege. Hingegen fühlen sich alle vier Regierungen durch ihre antikommunistische Einstellung miteinander verbunden.

Ebenfalls sind die von den Staaten mit normalen konstitutionellen Regierungen verfolgten Tendenzen unter sich verschieden. Wenn auch Chile und Venezuela als einzige Länder Lateinamerikas ein christlich-demokratisches Regime haben und einer "Oeffnung nach links" das Wort reden, so ist Venezuela offensichtlich weniger sozialrevolutionär als Chile, dessen Regierung mit ihrem Experiment der "Revolution in der Freiheit" einen gewissen Erfolg in der Chilenisierung der Kupferindustrie - was eine abgeschwächte Form der Nationalisierung ist - und der Alphabetisierung der Bevölkerung verzeichnen konnte. Weniger Glück hatte sie indessen mit der Agrarreform und der Bekämpfung der Inflation. Venezuelas Regierung ist in Nationalisierungsfragen vorsichtiger, hingegen wird sie die schon früher eingeleitete Agrarreform zweifellos weiterführen. In Kolumbien wiederum, das heute von der Koalition zwischen den beiden traditionellen Parteien, den Liberalen und den Konservativen regiert wird und mit dem liberalen Carlos Lleras Restrepo den überragendsten Präsidenten der letzten Jahre hat, hat der Begriff der Agrarreform einen viel umfassenderen Sinn als denjenigen der Aufteilung und Zuordnung von Grundeigentum, denn der Staat widmet sich auch der Verbesserung der Produktionsbedingungen. Gegenüber Auslandsinvestitionen nimmt Kolumbien eine grundsätzliche positive Haltung ein und verhält sich auch hinsichtlich der Repatriierung von Auslandskapital und des Transfers von Kapitalerträgen grosszügig. In dieser Hinsicht verfolgt auch Mexiko, wo das Vertrauen inländischer und ausländischer Investoren in das Land gross ist, eine ähnliche Politik. In bezug auf die Agrarreform kann Mexiko als Pionier auf diesem Gebiet in Lateinamerika angesehen werden. Die seit 1929 die Geschichte des Landes bestimmende institutionelle Revolutionspartei stellt jeweils den Staatspräsidenten. Sie hat jedoch die

revolutionären und sozialistischen Tendenzen der Anfangszeit aufgegeben und der gegenwärtige Präsident verfolgt eine konservativere Richtung als sein Vorgänger. Auch die kleinen Staaten dieser Gruppe können nicht auf einen Nenner gebracht werden. Uruguay mit seiner allzu fortschrittlichen Sozialgesetzgebung steht am Rande des Ruins und seine demokratische Regierung kann sich gegen die unter kommunistischem Einfluss stehenden Gewerkschaften und Universitäten nicht durchsetzen. Guatemalas Regierung hat gegen den Terrorismus der extremen Linken und der extremen Rechten zu kämpfen, während diejenige von Honduras den von den amerikanischen Fruchtgesellschaften vorgeschriebenen Weg beschreitet. In der Dominikanischen Republik ist die Lage verwirrt und der Staatschef regiert mit direkter Hilfe der Amerikaner. Als einziges Land dieser Gruppe von Staaten mit verfassungsmässigen Regierungen, das scheinbar keine Probleme kennt, kann Costa Rica angesehen werden.

Wirft man einen Blick auf die kleine Gruppe der Familienregierungen, so stellt man fest, dass in El Salvador die wirtschaftliche Macht in Händen der reichen "14 Familien" liegt, welche die Regierungen bestimmen, während in Nicaragua eine einzige Familie das Land regiert. In Haiti führt ein sich selbst auf Lebenszeit proklamierter Staatschef ein Terrorregime.

Konstitutionelle Regierungen mit militärischer Bewachung finden wir in Bolivien und Ecuador. Das erstgenannte Land, das seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1825 von 179 sehr blutigen Revolutionen heimgesucht wurde, kennt nun seit 1964 eine relative Ruhe. Die Gestion des verfassungsgemäss an die Macht gelangten Staatspräsidenten wird aber ganz vom Oberkommandierenden der Streitkräfte überwacht. Ebenfalls in Ecuador überwachen die Militärs die Lage, denn der Staatspräsident hat keinen Regierungsplan, übt aber als gewandter Rhetoriker eine grosse Faszination auf die Masse aus.

Der Spezialfall Kuba muss wohl nicht besonders erwähnt werden. Castro ist der unbestrittene Chef ohne Rivalen. Immerhin

sieht er seine Hoffnung auf einen baldigen bewaffneten Umsturz in Lateinamerika, der ihm die Führung des ganzen Kontinents eingetragen hätte, schwinden. Um die wirklich revolutionären Elemente in der Hand zu behalten, muss er sich von den Reformisten und ihren Protektoren in der Sowjetunion eindeutig distanzieren.

Nachdem am Anfang dieser Uebersicht von Nationalismus "nasseristischer" Prägung in Peru die Rede war, drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob die radikalen Nationalisierungsmaßnahmen der peruanischen Regierung auch in anderen Ländern Lateinamerikas Schule machen werden. In diesem Zusammenhang wäre es auch interessant zu wissen, wie es in Wirklichkeit mit der viel kritisierten Ausbeutung seitens der Vereinigten Staaten in Lateinamerika steht. Bestehen Anzeichen dafür, dass sich die Sowjetunion oder andere Staaten die Spannungen zwischen Lateinamerika und seinem nördlichen Nachbarn zunutze machen und versuchen, auf diesem Subkontinent Fuss zu fassen?

*J. L. No. 10*